

## Niederschrift

### Öffentliche/nichtöffentliche Sitzung des Kulturausschusses

am Mittwoch, 15.03.2023 von 16:00 Uhr bis 17:45 Uhr in: Sitzungssaal Neues Rathaus, D.-Martin-Luther-Straße 1

Zu Beginn der Sitzung stellt die Vorsitzende fest, dass sämtliche Mitglieder des Ausschusses ordnungsgemäß geladen wurden und die Mehrheit der Mitglieder anwesend und stimmberechtigt ist. Damit ist die Beschlussfähigkeit gegeben. Einwendungen gegen Ladung und Tagesordnung werden nicht erhoben.

Die anwesenden Stadtratsmitglieder sind aus der Anwesenheitsliste ersichtlich.

Als Berichterstatter waren anwesend:

Fr. Amtsleiterin Lang, Kulturamt  
Hr. Amtsleiter Baibl, Amt für Archiv und Denkmalpflege

Anwesende:

Herr Stefan Christoph -  
Frau Bernadette Dechant -  
Herr Jakob Friedl -  
Frau Kathrin Fuchshuber -  
Herr Daniel Gaittet -  
Herr Alexander Irmisch -  
Frau Evelyn Kolbe-Stockert -  
Herr Michael Lehner -  
Frau Gertrud Maltz-Schwarzfischer -  
Frau Wiebke Richter -  
Herr Florian Rottke -  
Herr Erich Tahedl -

Abwesende:

Herr Horst Meierhofer -	Vertretung: Fr. Stadträtin Opitz
Frau Kerstin Radler -	entschuldigt
Frau Bettina Simon -	entschuldigt
Herr Thomas Straub -	Vertretung: Hr. Stadtrat Brucker
Herr Benedikt Suttner -	entschuldigt

Abwesende Stadtratsmitglieder bei einzelnen Tagesordnungspunkten (Abstimmung):

Herr Micheal Lehner	TOP 2
Frau Kathrin Fuchshuber	TOP 8
Frau Bernadette Dechant	TOP 8

## Tagesordnung:

(öffentlich)

- 1 Eröffnung der Sitzung
  
- 2 Bayerisches Jazzinstitut - mündlicher Bericht  
Vorlage: VO/23/19899/RIV  
Berichterstatter/in: Kulturreferent Dersch
  
- 3 Kulturelle Jahresthemen 2024 bis 2026  
Vorlage: VO/23/19903/41  
Berichterstatter/in: Kulturreferent Dersch
  
- 4 Mitgliedschaft International Light Festivals Organisation (ILO)  
Vorlage: VO/23/19925/41  
Berichterstatter/in: Kulturreferent Dersch
  
- 5 Bayerisches Jazzweekend Regensburg  
Vorlage: VO/23/19926/41  
Berichterstatter/in: Kulturreferent Dersch
  
- 6 Regensburger Kulturpflaster 2024  
Vorlage: VO/23/19923/41  
Berichterstatter/in: Kulturreferent Dersch
  
- 7 Zwischenbericht zu den Nachforschungen über Dr. Walter Boll;  
Antrag von Herrn Stadtrat Friedl vom 01.01.2023  
Vorlage: VO/23/19950/44  
Berichterstatter/in: Kulturreferent Dersch
  
- 8 Ökologisches Handeln in Kunst und Kultur fördern;  
Antrag der Stadtratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 03.03.2023  
Vorlage: VO/23/19954/41  
Berichterstatter/in: Kulturreferent Dersch
  
- 9 Anfragen
  
- 9.1 Anfrage1: GALERIA Kaufhof am Neupfarrplatz  
Fragesteller: Hr. Stadtrat Rottke
  
- 9.2 Anfrage2: Bürgerfest  
Fragesteller/in: Hr. Stadtrat Irmisch, Fr. Stadträtin Kolbe-Stockert
  
- 9.3 Anfrage3: Geschäftsordnung für den Stadtrat der Stadt Regensburg  
Fragesteller: Hr. Stadtrat Gaittet

## **Protokoll:**

### **zu 1 Eröffnung der Sitzung**

#### **Diskussion:**

Frau Oberbürgermeisterin Maltz-Schwarzfischer weist darauf hin, dass am Protokolltisch die Niederschrift über die Sitzung vom 19.07.2022 zur Genehmigung ausliegt. Sofern bis zum Ende der Sitzung keine Einwendungen erhoben werden, gilt die Niederschrift als genehmigt.

**zu 2      Bayerisches Jazzinstitut - mündlicher Bericht**  
**Vorlage: VO/23/19899/RIV**

**Diskussion:**

Herr Dersch erinnert, seit Ende 2021 werde mit dem Freistaat Bayern bezüglich der Zuwendungen an das Bayerische Jazzinstitut (BJ) verhandelt. Denn die Stadt Regensburg wolle sich nicht länger am Mietkostenzuschuss beteiligen. Schließlich obliege die Intendanz für das Jazz-Weekend nicht mehr dem BJ. Daher solle die Beihilfe komplett der Freistaat Bayern leisten. Nach einem ersten Gespräch sei die Förderung für das Jahr 2023 nochmals eingeplant worden. Inzwischen sei jedoch die Bestätigung eingegangen, dass der Freistaat Bayern bereits ab heuer die vollständige Finanzierung übernehme. Ausschlaggebend sei eine Umstrukturierung. Das BJ sei in ein Jazz-Referat des Bayerischen Musikrates überführt worden. Die Stadt Regensburg müsse also keinerlei Kosten mehr tragen.

**Beschluss:**

Der Kulturausschuss nimmt den mündlichen Bericht zur Kenntnis.

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung: einstimmig

**Diskussion:**

Herr Stadtrat Tahedl sagt, die Benennung von Jahresthemen sei begrüßenswert. Jedoch wirke aus touristischer Sicht eine Werbung mit dem Begriff „Katzenjammer“ zunächst eher negativ. Erst durch die Erläuterungen werde die Absicht nachvollziehbar.

Herr Dersch entgegnet, die Bezeichnung habe keine touristische Funktion. Sondern für die Kunst- und Kulturszene solle einen Impuls gesetzt werden. Kulturschaffende sollten sich bei ihrer Arbeit mit einer bestimmten Thematik beschäftigen. Im Kulturbeirat seien die Ideen diskutiert und für gut befunden worden. Ein Slogan für die Stadt Regensburg dürfe darin aber nicht gesehen werden.

Herr Stadtrat Christoph findet, eine tolle Auswahl sei getroffen worden. Die Titel bezögen sich sogar in gewisser Weise aufeinander. Schlussendlich blieben die Aktivitäten und die Veranstaltungen dazu abzuwarten. Positiv hervorheben wolle er übrigens die Aussagen im Formblatt zum Klimavorbehalt. Demnach werde sich genauer mit den klimatischen Auswirkungen befasst. Das sollten alle Ämter so handhaben.

Herr Stadtrat Friedl gibt an, die Vorschläge gefielen ihm sehr gut. Das Thema „Katzenjammer“ ermögliche vielleicht sogar ein Resümee zur Stadtratsarbeit. Offene Angelegenheiten könnten nämlich unterschiedlich interpretiert werden. Womöglich befasse sich auch die Kulturszene mit der Kommunalpolitik.

Er fragt, ob die Protokolle über die Sitzungen des Kulturbeirats einsehbar seien. Außerdem interessiert ihn, wie dessen Tagungen ablaufen. Aus der Beratungen sei schließlich die heutige Beschlussvorlage entstanden. Er eruiert, welche weiteren Themen besprochen würden.

Frau Oberbürgermeisterin Maltz-Schwarzfischer erklärt, der Tagesordnungspunkt sei kein Ergebnis aus einer Debatte des Kulturbeirates. Vielmehr seien dem Gremium die finalen Überlegungen des Kulturreferates präsentiert worden. Die Rahmenbedingungen für den Kulturbeirat seien in einer Satzung festgelegt. In der Regel fänden zwei Sitzungen im Jahr statt. Dabei würden unter anderem die Kulturförderpreise beredet. Ansonsten würden inhaltlich Angelegenheiten rund um das Stadtgeschehen aufgegriffen.

Sie findet, die Kulturszene habe einen breitgefächerten Blick auf die Jahresthemen. Ein Fokus auf die Kommunalpolitik müsse sich nicht zwangsläufig ergeben. Obwohl ein Vergleich eventuell naheliegend erscheine. Sie würde die Stadtratstätigkeit jedenfalls nicht als Katzenjammer bezeichnen.

Herr Dersch äußert, der Stadtrat sei im Kulturbeirat vertreten. Eine beratende Funktion werde ausgeübt. Die Niederschriften würden nur den Mitgliedern zur Verfügung gestellt.

Herr Stadtrat Irmisch teilt mit, die Benennung der Jahresthemen sei geglückt. Insbesondere das Wort „Katzenjammer“ eröffne die Möglichkeit vielfältiger Assoziationen. Eine Festlegung für die nächsten drei Jahre sei zudem zielführend. So werde für die Kunst- und Kulturschaffenden eine Planungssicherheit erzeugt.

Frau Oberbürgermeisterin Maltz-Schwarzfischer fügt an, sie sei auf die Ergebnisse der Kulturszene gespannt.

**Beschluss:**

Der Kulturausschuss beschließt, die im Sachverhalt dargestellten Jahresthemen 2024 bis 2026 umzusetzen.

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung: einstimmig

zu 4 **Mitgliedschaft International Light Festivals Organisation (ILO)**  
Vorlage: VO/23/19925/41

**Diskussion:**

Frau Stadträtin Richter begrüßt, Lichtkunst sei ein schönes sowie niederschwelliges Angebot im öffentlichen Raum. Der Besuch sei kosten- und barrierefrei möglich. Darüber hinaus könne damit die Attraktivität der Stadt Regensburg und somit der Tourismus gesteigert werden. Andererseits nehme der Strombedarf eine größere Bedeutung ein. Sie fragt, welche Überlegungen es hierzu gebe. Eventuell würden bestimmte Vorgaben gemacht.

Herr Dersch antwortet, laut der Vereinigung der International Light Festivals Organisation (ILO) werde vorwiegend mit LED gearbeitet. Dadurch sei ein geringerer Energieverbrauch zu verzeichnen. Überdies werde durch die Mengen an Besucher/-innen häuslicher Strom eingespart.

Frau Oberbürgermeisterin Maltz-Schwarzfischer bemerkt, dafür müssten alle Personen eines Haushalts die Wohnung verlassen.

Herr Dersch gibt an, bei den Festivals seien 40.000 bis 50.000 Menschen zugegen. Diese verbrauchten zu Hause keine Energie.

Herr Stadtrat Friedl meint, der Beitrittswille sei nachvollziehbar. Die ILO sei eine Agentur und verfüge über einen Pool geeigneter Künstler/-innen für die Festivals. Jedoch solle auch die Möglichkeit der humoristischen Selbstreflexion über Medium und Format offen gehalten werden. Raum für andere Medien solle ebenso eröffnet werden. Daneben hätten eventuell örtliche Künstler/-innen, die nicht gecastet würden, passende Ideen, um auf das Festivalprogramm reagieren zu können.

Herr Dersch erläutert, ein Konzept für ein Lichtfestival werde erarbeitet. Details zum Kuratorium und zur Auswahl der Künstler/-innen seien noch festzulegen. Je nach Eignung könnten natürlich regionale Künstler/-innen einbezogen werden.

Er verweist, in der Stadt Brixen werde die Beleuchtung des öffentlichen Raums um 20 bis 30 % reduziert. Dadurch wirke die Lichtkunst besser. Obendrein bewirke das Vorgehen eine zusätzliche Energieeinsparung.

Frau Oberbürgermeisterin Maltz-Schwarzfischer fügt an, derartiges müsse gegebenenfalls mit der REWAG besprochen werden. Die Straßenbeleuchtung im Stadtgebiet hänge zusammen. Insofern könnten einzelne Straßenzüge nicht individuell geschaltet werden.

Herr Dersch erwidert, der Hinweis werde bedacht.

Frau Oberbürgermeisterin Maltz-Schwarzfischer verdeutlicht, mit der Mitgliedschaft gehe keine Verpflichtung einher, ein Lichtfestival nur über die ILO abzuwickeln. Lediglich eine Vernetzung werde dadurch sichergestellt. Wissen könne geteilt werden. Deshalb erkenne sie keine Einschränkungen der künstlerischen und kuratorischen Freiheit.

Herr Dersch überlegt, vielleicht könne eine Taschenlampen-Installation erfolgen.

Frau Oberbürgermeisterin Maltz-Schwarzfischer entgegnet, das Abdunkeln der sonstigen Beleuchtung müsse mit der REWAG beredet werden.

Herr Stadtrat Rottke untermauert, lokale Künstler/-innen müssten berücksichtigt werden. Übrigens sei das Medium Licht bereits an vielen Stellen erfolgreich eingesetzt worden. Ein Bei-

spiel stelle das „Sommerflimmern“ im Rahmen des letzten Kultursommers dar. Auch beim Theater gebe es zur Spielzeiteröffnung entsprechende Aktionen. Zudem habe es bei der Kurzfilmwoche das Projekt „the wall is a screen“ durchgeführt worden. Die Illumination des Domes sei am imposantesten gewesen. Er unterstütze die Mitgliedschaft und freue sich auf den Austausch.

Frau Oberbürgermeisterin Maltz-Schwarzfischer bemerkt, die Stadt Brixen blicke mittlerweile auf eine lange Tradition mit Lichtinstallationen zurück.

Herr Dersch ergänzt, die Städte Aberdeen und Pilsen seien mit dem Blik-Blik-Festival ebenso Vorreiter. Daneben würden in Italien, Kopenhagen, Helsinki oder auch Amsterdam viele Aktivitäten mit Licht durchgeführt. In Deutschland seien solche Veranstaltungen bislang weniger populär. Er bestätigt, Erfahrungen existierten aus der Dom-Illumination oder dem Häuser-Mapping. Ein Lichtfestival gehe aber weit darüber hinaus. Gerade in der dunklen Jahreszeit werde damit sicherlich ein attraktiver Anziehungspunkt geschaffen.

Herr Stadtrat Friedl erzählt, in Berlin fänden beispielsweise parallel zur Transmediale viele eigenständige Satelliten-Festivals statt. Er regt an, in Regensburg solle es ergänzend zum Lichtkunstfestival Kulturprogramme geben, die sich mit dem Lichtkunstfestival beschäftigten. Gewiss könne nichts erzwungen werden. Doch die Idee finde er schön.

Frau Oberbürgermeisterin Maltz-Schwarzfischer sagt, für ein zusätzliches Rahmenprogramm sei vielleicht eine Förderung erreichbar. Diese Einzelheiten seien allerdings nicht heutiger Beratungsgegenstand. Sondern zunächst solle über den Beitritt zur ILO entschieden werden.

**Beschluss:**

Der Kulturausschuss empfiehlt, der Stadtrat beschließt den Beitritt der Stadt Regensburg zur International Light Festivals Organisation (ILO) entsprechend der Beschlussvorlage.

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung: einstimmig

zu 5      **Bayerisches Jazzweekend Regensburg**  
**Vorlage: VO/23/19926/41**

**Diskussion:**

Herr Stadtrat Gaittet sagt, die erhöhte pauschale Unkostenerstattung von 150 Euro pro Person und Auftritt sei begrüßenswert. Dennoch interessiert ihn, wieso dieser Betrag entschieden worden sei. Immerhin fordere der Deutsche Jazzunion e. V. eine Einstiegsgage von 250 Euro. Er fragt, wie hoch Mehrkosten bei einer entsprechenden Anhebung ausfielen. Er hakt nach, wie viele Auftritte absolviert würden.

Herr Dersch antwortet, im Jahr 2022 seien etwa 750 Musiker/-innen aufgetreten. Eine weitere Aufstockung um 100 Euro hätte eine enorme Summe zur Folge. Glücklicherweise gewährte das zuständige Staatsministerium heuer Fördermittel in Höhe von 50.000 Euro. Dadurch sei eine schrittweise Ausweitung möglich.

Herr Stadtrat Brucker gibt an, für den Haushalt 2024 müssten die 50.000 Euro als Mehrbedarf angemeldet werden. Er eruiert, warum das notwendig sei. Er fasst nach, ob der Zuschuss des Freistaates Bayern wieder entfalle.

Herr Dersch erklärt, die Zuwendung von 50.000 Euro erhalte man einmalig. Es handle sich hierbei um die Fraktionsreserve der Freie Wähler Landtagsfraktion.

Herr Stadtrat Friedl äußert, neue Auftrittsorte würden erschlossen. Er will wissen, ob der Fechtthof wieder bespielt werde. Das würde er gut finden. Auch das Rüntingerhaus sei in der Vergangenheit einmal eingebunden gewesen.

Frau Oberbürgermeisterin Maltz-Schwarzfischer legt dar, inzwischen werde nicht mehr für alle Örtlichkeiten eine Genehmigung erteilt. Ursächlich seien strengere Sicherheitsauflagen. Oftmals fehle ein zweiter Fluchtweg. Oder die Räume seien zu eng.

Herr Dersch ergänzt, teilweise entstehe ein zusätzlicher organisatorischer Aufwand. Deshalb ließen sich manche Orte nicht länger betreiben. Zugleich würden neue Plätze integriert. Heuer werde z. B. erstmals eine Bühne auf dem Neupfarrplatz sein. Der Fechtthof bleibe allerdings weiterhin außen vor.

Frau Oberbürgermeisterin Maltz-Schwarzfischer fügt an, die dortigen Anwohner/-innen müssten zudem einbezogen werden. Diese müssten die Auftritte zumindest tolerieren. Im Übrigen würden die Gegebenheiten jeder Spielstätte einzeln beurteilt.

Frau Stadträtin Fuchshuber meint, unter der neuen Intendanz laufe das Jazz-Weekend gut. Allerdings falle der Termin mit den Schlossfestspielen zusammen. Die Überschneidung sei nicht nachvollziehbar. Sie regt an, das Jazzweekend solle eine Woche früher stattfinden. Als jetzige Veranstalterin könne die Stadt Regensburg hierauf sicherlich einwirken.

Frau Oberbürgermeisterin Malz-Schwarzfischer entgegnet, die Stadt Regensburg sei bereits früher die Veranstalterin gewesen. Das Bayerische Jazzinstitut habe sich lediglich um die Intendanz und das Rekrutieren der Künstler/-innen gekümmert.

Herr Dersch schildert, gewisse Rahmenbedingungen hätten zu der aktuellen Terminwahl geführt. Zwischen dem Bürgerfest und dem Jazzweekend müsse eine Unterbrechung von drei Wochen gegeben sein. Ansonsten sei die Doppelbelastung für alle Beteiligten zu hoch. Außerdem sei mit dem Veranstalter der Schlossfestspiele gesprochen worden. Dieser habe seine Termine für die nächsten zwei Jahre mitgeteilt. Kommendes Jahr werde das Jaz-

zweekend folglich früher organisiert. Doch im Jahr 2025 müsse wieder das Bürgerfest berücksichtigt werden.

Herr Stadtrat Christoph findet, die Anpassung der Unkostenerstattung sei positiv. Für weitere Erhöhungen müsse schlichtweg die Mittelbereitstellung überlegt werden. Es gebe durchaus verzichtbare bzw. ohnehin nicht umsetzbare Maßnahmen. Dazu gehöre etwa der Bau der Sallerner Regenbrücke. Die hierfür eingeplanten Gelder sollten umgeschichtet werden. Er schlägt vor, das Budget für nächstes Jahr solle auf diese Weise aufgestockt werden.

Frau Oberbürgermeisterin Maltz-Schwarzfische verweist, aus haushaltstechnischen Gründen könnten diese Mittel nicht in den Kultur-Etat einfließen. Obendrein solle die Sallerner Regenbrücke durchaus realisiert werden. Nur der Zeitpunkt sei momentan unklar. Des Weiteren müsse bezüglich der freiwilligen Leistungen mit Bedacht vorgegangen werden. Der Verwaltungshaushalt dürfe nicht überstrapaziert werden. Sie erinnert, beim Start des Jazzweekends habe jede/-r Künstler/-in lediglich einen Verzehrutschein bekommen. Inzwischen würden ein Geldbetrag sowie die Reise- und Übernachtungskosten bezahlt. Verbesserungen seien also immer wieder vorgenommen worden. Die gegenwärtige Angleichung der Gage auf 150 Euro zu ebenfalls richtig.

Herr Stadtrat Friedl bemerkt, die Gesamtkosten für das Jazzweekend seien nicht ersichtlich.

Frau Oberbürgermeisterin Maltz-Schwarzfischer entgegnet, diese seien heute nicht Beratungsgegenstand.

Herr Stadtrat Friedl zeigt auf, unter TOP 6 würden die Kosten aufgelistet und transparent dargestellt. Vorliegend sei ein Detail herausgegriffen worden. Doch der einzelne Posten stehe schlussendlich in Zusammenhang mit den gesamten Ausgaben. Vielleicht könnten die Daten nachgeliefert werden.

Herr Dersch erwidert, die Aufwendungen beliefen sich auf rund 100.000 Euro. Für ein Festival dieser Größe sei die Summe gering.

Frau Oberbürgermeisterin Maltz-Schwarzfischer fügt hinzu, die städtischen Personalkosten seien hier nicht inkludiert. Im Übrigen müsse das Budget in die Haushaltsplanung integriert werden.

Frau Stadträtin Fuchshuber empfiehlt, das Bürgerfest solle im Jahr 2025 früher stattfinden. In Folge könne auch das Jazzweekend vorgezogen werden.

Herr Dersch weist darauf hin, das Bürgerfest würde dann mit den Pfingstferien kollidieren. Die Terminierung werde stets wohl überlegt. Leider funktioniere eine Entzerrung nicht immer.

Frau Oberbürgermeisterin Maltz-Schwarzfischer betont, heuer könne das Bürgerfest keinesfalls mehr verschoben werden. Künftig könne gegebenenfalls darüber nachgedacht werden.

Frau Stadträtin Richter glaubt, die Forderung nach einer Gage in Höhe von 250 Euro sei nicht unberechtigt. Die weitere Erhöhung müsse unbedingt verwirklicht werden. Am besten werde dafür ein Konzept erarbeitet. Dies helfe bei kommenden Haushaltsplanungen.

Herr Dersch bietet an, ein Stufenplan für die nächsten Jahre werde entwickelt. Obendrein könne damit vielleicht eine gewisse Förderung generiert werden.

Frau Stadträtin Richter bedankt sich, dieser Vorstoß sei gut.

**Beschluss:**

Der Kulturausschuss beschließt die Anpassung der pauschalen Unkostenerstattung für Musikerinnen und Musiker auf 150 Euro brutto pro Person und Auftritt im Rahmen des Bayerischen Jazzweekend Regensburg ab 2023 und beauftragt die Verwaltung mit der Umsetzung dieser Maßnahme.

Die Aufnahme in den Haushaltsplan 2024 fortfolgende erfolgt vorbehaltlich der Beschlussfassung des Stadtrats bezüglich des Haushalts 2024 sowie der finanziellen Leistungsfähigkeit.

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung:        einstimmig

**zu 6            Regensburger Kulturpflaster 2024**  
**Vorlage: VO/23/19923/41**

**Diskussion:**

Herr Stadtrat Irmisch merkt an, die Kostensteigerungen seien nachvollziehbar. Er freue sich jedenfalls über die erneute Durchführung des Regensburger Kulturpflasters. Künftig solle die Öffentlichkeitsarbeit sogar überregional implementiert werden. Ihn fragt, ob diese Absicht ebenfalls Mehrkosten auslöse. Eigentlich könne hier die Regensburg Tourismus GmbH (RTG) eingebunden werden.

Herr Dersch antwortet, das Festival sei in den Publikationen der RTG enthalten. Daneben wolle der Verein eigene Werbung betreiben und mit Flyern informieren.

Frau Oberbürgermeisterin Maltz-Schwarzfischer ergänzt, die Bewerbung städtischer Kulturveranstaltungen gehöre nicht zu den originären Aufgaben der RTG. Dennoch würden entsprechende Hinweise in Veranstaltungsübersichten und Online-Formaten integriert.

Frau Lang erläutert, bislang sei wenig Öffentlichkeitsarbeit betrieben worden. Diese habe sich zudem auf das Regensburger Umfeld fokussiert. Die Wirkung des Regensburger Kulturpflasters gehe aber nun deutlich über die Region hinaus. Aufgrund der internationalen Kooperationen und der guten künstlerischen Qualität erreiche das Festival in andere Liga. Das spiegle sich auch in den erhöhten Ausgaben wider. Der Bereich der Öffentlichkeitsarbeit müsse dementsprechend mitentwickelt werden.

Herr Stadtrat Tahedl hebt hervor, das Regensburger Kunstpflaster sei ein Paradebeispiel für ehrenamtliches Engagement. Alles in allem handle es sich um ein hervorragendes Format. Dessen Unterstützung sei begrüßenswert.

Frau Stadträtin Fuchshuber bemängelt, die Beschlussvorlage sei in der App nicht verfügbar.

Frau Oberbürgermeisterin Maltz-Schwarzfischer hakt nach, ob überhaupt jemanden das Dokument vorliege.

Frau Stadträtin Fuchshuber wiederholt, der Inhalt von TOP 6 sei nicht abrufbar.

Frau Oberbürgermeisterin Maltz-Schwarzfischer kündigt an, sie werde nun kurz den Sachverhalt sowie den Beschlussvorschlag vortragen.

Herr Stadtrat Friedl schildert, für die Plakatwerbung seien die Plakatständer von der Jahninsel weiterbenutzt worden. Eigentlich hätten dafür Sondernutzungsgebühren bezahlt werden müssen. Jedoch hätten günstigere Konditionen ausgehandelt werden können. Schließlich werde das Fest von der Stadt Regensburg unterstützt. Er hakt nach, inwiefern die Plakatwerbung dieses Mal eingepreist sei. Er eruiert, ob das Kulturamt ein Budget dafür vorhalte.

Frau Oberbürgermeisterin Maltz-Schwarzfischer entgegnet, die Einzelheiten hierzu würden mit dem Verein geklärt.

Herr Stadtrat Friedl wirft ein, im letzten Jahr sei der Sachverhalt zuerst problematisch gewesen.

Frau Oberbürgermeisterin Maltz-Schwarzfischer erwidert, der Verein könne sich gerne an die Stadtverwaltung wenden. Bei größeren Problemen werde versucht, soweit als möglich Abhilfe zu schaffen.

Herr Stadtrat Friedl glaubt, im letzten Jahr habe die Werbung für das Jahninsselfest ohne weitere Sondernutzungsgebühren überklebt werden dürfen.

Frau Oberbürgermeisterin Maltz-Schwarzfischer hält fest, dem Verein wolle keinesfalls geschadet werden. Die Ansprechpartner/-innen bei der Stadtverwaltung seien bekannt.

**Beschluss:**

Der Kulturausschuss empfiehlt, dem Verein Mischkultur e. V. für das im September 2024 stattfindende „8. Regensburger Kulturpflaster“ im Haushaltsjahr 2024 einen freiwilligen Zuschuss in Höhe von 65.000 Euro zu gewähren. Der Zuschuss in Höhe von 65.000 Euro soll ab dem Haushaltsjahr 2024 in einem zweijährigen Turnus im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel gewährt werden.

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung:        einstimmig

**zu 7      Zwischenbericht zu den Nachforschungen über Dr. Walter Boll;  
Antrag von Herrn Stadtrat Friedl vom 01.01.2023  
Vorlage: VO/23/19950/44**

**Diskussion:**

Herr Dersch informiert, am 28.11.2022 habe ein Workshop zu Dr. Walter Boll stattgefunden. Dazu seien 30 Experten/-innen aus der Kulturverwaltung und der Wissenschaft eingeladen worden. Bei dem Treffen sollten inhaltliche, konzeptionelle und archivalische Grundlagen für eine ergebnisoffene, wissenschaftliche Aufarbeitung ermittelt werden. Die Veranstaltung habe sozusagen als Eröffnungsbilanz für weitere Forschungen dienen sollen.

Er konkretisiert, im Fokus seien die vorhandene Quellenbasis, die aktuellen Forschungslücken sowie die künftigen Fragestellungen gestanden. Vertretungen verschiedener, mit Boll verbundener Institutionen seien vor Ort gewesen. Jeder Teilnehmende habe zunächst einen Impulsvortrag halten können. Ferner seien Themenbereiche erstellt worden. Diese lauteten Boll als Denkmalpfleger, Boll und die städtischen Sammlungen, Bolls Wirken als Stadtarchivar und Leiter der Kreisbibliothek, Boll und die Gründung der Ostdeutschen Galerie, Boll und der Historische Verein für Oberpfalz und Regensburg sowie Bolls Netzwerke in der Stadtgesellschaft. Nach intensiver Schlussdiskussion seien folgende Ergebnisse und nächste Schritte vereinbart worden:

Wichtig sei die Zusammenführung und die Bereitstellung aller städtischen Quellenbestände im Stadtarchiv. Das sei eine grundlegende Voraussetzung für weitere Untersuchungen. Außerdem wünsche sich auch die Öffentlichkeit eine Zugänglichkeit der Akten. Inzwischen habe das Historische Museum alte Unterlagen an das Stadtarchiv übergeben. Dabei handle es sich um 50 Akteneinheiten mit Korrespondenzen und Zeitungsausschnitten. Nun würden die Erschließung und die Onlinestellung des Findbuchs bearbeitet. Mit der Digitalisierung sei begonnen worden. Nach Abschluss der Tätigkeiten entfalle die Schutzfrist für die Dokumente endgültig. Die Daten seien dann für die Allgemeinheit verfügbar. Somit werde Transparenz geschaffen. Gleichzeitig werde das Verzeichnis des Aktenbestandes des Kunst- und Gewerbevereins Regensburg e. V. durchforstet. Neue Erkenntnisse über Bolls Aktivitäten würden erhofft. Etwaige Inhalte sollten ebenfalls online einsehbar gemacht werden.

Überdies werde im Sommer 2023 die Stadtheimatpflege eine thematische Führung in der Altstadt anbieten. Im November finde regelmäßig das Herbstsymposium für Kunstgeschichte und Denkmalpflege statt. In diesem Rahmen solle sich heuer mit Boll als Denkmalpfleger beschäftigt werden. Obendrein werde ein Aufsatz zu Bolls Wirken als Stadtarchivar verfasst. Im Historischen Museum sowie im Kunstforum Ostdeutsche Galerie werde weiterhin die Provenienzforschung betrieben.

Darüber hinaus werde die Entwicklung verschiedener Bereiche der Regensburger Stadtverwaltung wissenschaftlich aufgearbeitet. Dabei werde sich nicht nur auf den Nationalsozialismus beschränkt. Sondern die zu betrachtende Zeitspanne erstrecke sich von der Weimarer Republik bis hin zur Bundesrepublik. In diesem Zuge würden Strukturen und personelle Netzwerke in Kontext mit den jeweiligen politischen Gegebenheiten beleuchtet. Manche Personen hätten schließlich mehrere Systemwechsel durchlaufen. Vor allem Boll habe in seiner Dienstzeit von 1928 bis 1968 innerhalb verschiedener Regime agiert.

Ein Forschungsbedarf sei unumstritten vorhanden. Bisher existiere lediglich die Monografie "Stadt unterm Hakenkreuz" von Helmut Halter. Diese sei jedoch bereits 30 Jahre alt und sogar vergriffen. Der Verlag Schnell & Steiner GmbH werde das Buch nun immerhin digitalisieren. Langfristig werde eine Kooperation mit der Universität Regensburg angestrebt. Gespräche hierzu würden geführt. Der Aufarbeitungsprozess solle insbesondere Doktor- und Masterarbeiten, Workshops, Symposien und Öffentlichkeitsbeteiligungen umfassen.

Herr Stadtrat Friedl regt an, das Buch „Sage es unseren Kindern“ von Wilhelm Kick solle digitalisiert und online gestellt werden. Der Autor habe zu Zeiten des Nationalsozialismus dokumentiert und die Unterlagen nach dem Krieg aufgearbeitet.

Ferner habe Boll für den Herzogshof den Dollinger-Teppich beauftragt und im Jahr 1940 aufhängen lassen. Der Entwurf stamme von Dallinger, der schon die Weinstube für das Haus der Kunst gestaltet hatte. Er fragt, wo sich der Originalteppich nun befinde. Er hakt nach, ob das Objekt irgendwo zu sehen sei. Er will wissen, ob gegebenenfalls über eine Präsentation im Museum nachgedacht werde. Auf dem historisierenden Teppich sei der Ritter Dollinger mit Pferd, Lanze und Hakenkreuzen bei einem Sieg für polnische Städte abgebildet. Mithilfe solcher Artefakte könne Geschichte, Ideologie und die Funktionsweise von Kulturpolitik sichtbar gemacht und vermittelt werden. Er erkundigt sich, ob andere Museen den Teppich für Ausstellungen ausleihen könnten. Im Rahmen des Regenbogen-Präludium im Fränkischen Museum Feuchtwangen werde nämlich hierüber nachgedacht.

Ferner habe Boll laut dem ehem. Kulturreferenten Unger im Jahr 1943 angeblich einen Juden in einem Steinsarg in der Minoritenkirche versteckt. Er eruiert, ob dazu neue Erkenntnisse vorlägen. Eventuell handle es sich um eine Geschichte, die jeglicher Grundlage entbehre. Er denkt, Boll habe nach dem Krieg die Möglichkeit gehabt, viele Akten zu vernichten. Genauso habe er Darstellungen beschönigen können. Immerhin sei er für das Stadtarchiv zuständig gewesen. Umso bedeutender sei eine Aufarbeitung der Thematik, um Mechanismen der Entnazifizierung aufzuzeigen.

Band 14 aus der von Stadt, Landkreis und Bezirk geförderten Reihe „Täter, Helfer, Trittbrettfahrer“ beinhalte einen Aufsatz von Robert Werner über Boll. Dieser Band sei in eine Portraitbüste integriert worden – ähnlich einer VHS-Kassette. Die Skulptur habe er heute mitgebracht. Der Bücherboy solle in der Öffentlichkeit gezeigt werden. Das sei sicherlich gut in der Stadtbücherei, in Buchläden oder in Wartebereichen der Stadtverwaltung möglich. So könne die Thematik auch über den Bildungsbereich transferiert werden.

Frau Oberbürgermeisterin Maltz-Schwarzfischer hält fest, der Antrag habe eine Berichterstattung zum internen Symposium zum Ziel gehabt. Dem Anliegen sei nachgekommen worden.

Herr Dersch erklärt, der Aufbewahrungsort des Dollinger-Teppichs sei nicht bekannt. Doch gerne könne danach recherchiert werden. Zum Fall des versteckten Juden im Steinsarg könne ebenso wenig genaueres gesagt werden. Hierbei handle es sich um eine mündliche Überlieferung. Er verdeutlicht, an die Materie solle ergebnisoffen herangegangen werden. Unterstellungen sollen außen vor bleiben. Eine etwaige Aktenvernichtung sei nicht belegbar. Vorhandene Dokumente seien inzwischen jedenfalls im Stadtarchiv gebündelt worden. Korrespondenzen und Zeitungsberichte seien verfügbar.

Frau Oberbürgermeisterin Maltz-Schwarzfischer fügt an, generell seien Leihgaben möglich. Allerdings seien bestimmte Vorgaben zu beachten. Eine ausreichende Versicherung müsse nachgewiesen werden. Daneben müsse die richtige konservatorische Behandlung gewährleistet sein.

Herr Dersch äußert, das Buch „Täter, Helfer, Trittbrettfahrer“ sei im Stadtarchiv ausleihbar. Dem Hinweis zu dem Titel „Sage es unseren Kindern“ gehe er gerne nach. Bei einer digitalen Veröffentlichung seien die Rechte des Urhebers und des Verlags zu klären.

Herr Stadtrat Friedl meint, dem Aufsatz von Robert Werner sei zu entnehmen, dass Boll Akten zerstört habe. Ein hoher Wahrheitsgehalt dieser Darstellung sei naheliegend.

Frau Oberbürgermeisterin Maltz-Schwarzfischer entgegnet, die detaillierte Forschung solle den Fachleuten überlassen werden.

Herr Stadtrat Friedl bemerkt, die Stadt habe 30 Experten/-innen ausgesucht. Natürlich müsse der Teilnehmerkreis beschränkt werden. Dennoch sollten weitere Stellen eingebunden werden. Hierzu zählten z. B. der Arbeitskreis Kultur oder Menschen der Stadtgesellschaft, die sich seit langem mit der Thematik auseinandersetzten. Vor allem Rainer Ehm oder Robert Werner sollten hinzugezogen werden. Das sei für einen offenen Austausch wichtig. Vermutlich geschehe dies dann beim Symposium.

Frau Oberbürgermeisterin Maltz-Schwarzfischer legt dar, es handle sich um einen längeren Prozess. Zunächst seien bekannte Fakten erfasst und das weitere Vorgehen definiert worden. Zu letzterem gehöre mitunter eine Öffentlichkeitsbeteiligung. Hier sei eine Mitwirkung interessierter Leute möglich. So könnten schlussendlich viele Erkenntnisse zusammengetragen werden. Gewiss sei es für Boll machbar gewesen, Akten zu vernichten. Das sei aber nicht beweisbar. Insofern müsse jetzt mit den gegebenen Vorgängen gearbeitet werden. Boll sei von 1928 bis 1968 bei der Stadt Regensburg beschäftigt gewesen. In der Zeit seien verschiedene politische Umbrüche passiert. Bolls Wirken werde in diesem Kontext beleuchtet.

Herr Stadtrat Gaittet bringt vor, er habe großen Respekt vor dieser Aufgabe. Trotzdem irritiere ihn die Betonung der Ergebnisoffenheit. Schließlich hätten vergangene Ereignisse durchaus zweifelhaftes Erbe im Museum und die Probleme um die Person Boll veranschaulicht. Bei den Recherchen stehe hoffentlich tatsächlich eine Aufarbeitung und keine Entlastung im Fokus.

Herr Dersch versichert, das sei der Fall.

Herr Stadtrat Gaittet ergänzt, die Angelegenheit müsse besonders sorgsam bearbeitet werden. Das erste Symposium sei nichtöffentlich gewesen. Er bittet, eine ehrliche Einschätzung solle abgegeben werden, ob das Vorgehen richtig gewesen sei. Der Ausschluss der Öffentlichkeit könne immerhin ein gewisses Misstrauen hervorgerufen. Absolute Transparenz von Anfang an wäre wahrscheinlich sinnvoller gewesen.

Herr Dersch erörtert, Herr Werner habe einen Vortrag im Runtingerhaus gehalten. Dabei sei ebenfalls von einem Prozess die Rede gewesen. Denn bislang seien nicht alle Akten und Quellen dargelegt. Er bekräftigt, dem werde nun so gut als möglich begegnet. Unterlagen würden erforscht, gebündelt und digitalisiert. Daneben sei insgesamt eine Herangehensweise überlegt worden. Das sei in dem Workshop passiert. Transparenz werde wiederum auf verschiedene Wege erzeugt. Einerseits fänden Berichterstattungen im Kulturausschuss statt. Zudem würden vielfältige Vorträge oder anderweitige Aktivitäten durchgeführt. Ein abschließendes Ergebnis stehe noch aus. Erst nach dessen Vorliegen gebe es Klarheit. Insofern müsse ergebnisoffen gearbeitet werden.

Frau Oberbürgermeisterin Maltz-Schwarzfischer untermauert, auf eine Entlastung werde keinesfalls abgezielt. Sondern eine sachliche Aufklärung und Aufarbeitung werde verfolgt.

Herr Stadtrat Rottke merkt an, es sei nicht Aufgabe der Ausschussmitglieder, einzelne Personen für solche Vorgänge zu empfehlen. Das gelte insbesondere angesichts einer persönlichen Bekanntschaft. Das besitze einen Nachgeschmack.

Frau Oberbürgermeisterin Maltz-Schwarzfischer erwidert, dem stimme sie zu. Sie gibt bekannt, der Antrag sei durch den Bericht der Verwaltung erledigt.

Der Antrag ist durch Bericht der Verwaltung erledigt.

**zu 8            Ökologisches Handeln in Kunst und Kultur fördern;  
Antrag der Stadtratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 03.03.2023  
Vorlage: VO/23/19954/41**

**Diskussion:**

Herr Stadtrat Christoph erläutert den Antrag.

Frau Oberbürgermeisterin Maltz-Schwarzfischer legt dar, der Klimaschutz und ein ökologisch nachhaltiges Leben seien beständige Themen. In Regensburg fänden vielfältige Veranstaltungen statt. So gebe es z. B. etliche Events im Sport- oder Jugendbereich. Insofern müssten sich verschiedene Verantwortliche einbringen. Nicht allein das Kulturreferat sei gefordert. Dieses habe in der Vergangenheit übrigens ohnehin schon oft eine Vorreiterrolle eingenommen. Bei Aktivitäten werde seit langem auf ein nachhaltiges Handeln geachtet. Entsprechende Vorgaben bzw. Beratungen würden gemacht. Ein extra Förderprogramm dafür sei nicht vonnöten. Sie empfehle daher die Ablehnung des Anliegens.

Herr Stadtrat Tahedl bekräftigt, entsprechende Beratungsangebote existierten. Außerdem sei die Haushaltslage weiterhin angespannt. Zusätzliche Personalstellen müssten gut überlegt sein. Ferner sei letztlich nur ein Appell an die Veranstalter/-innen möglich. Denn zu viele Regularien wirkten abschreckend. Zudem dürfe die Kunstfreiheit nicht beeinträchtigt werden.

Frau Oberbürgermeisterin Maltz-Schwarzfischer bemerkt, angesichts der Zwischenrufe bitte sie um Beachtung der Rednerliste. Sie äußert, die Ziele des Green Deal Regensburg seien nur gemeinsam mit der Gesellschaft erreichbar. Freiwilliges Engagement sei unentbehrlich. Daneben mache sich das Kulturamt natürlich Gedanken zur Nachhaltigkeit.

Herr Dersch ergänzt, Klimaschutz sei eine gesamtstädtische Aufgabe. In den unterschiedlichen Bereichen würden Überlegungen dazu angestellt. So wolle z. B. das Theater mehrfach verwendbare Kulissen produzieren. Einige Künstler/-innen beschäftigten sich mit recycelter Kunst. Er schildert, die Stadt Augsburg habe wichtige Informationen in einem Nachhaltigkeits-Check zusammengefasst. Eventuell könne die Stadt Regensburg einen ähnlichen Wegweiser publizieren.

Frau Oberbürgermeisterin Maltz-Schwarzfischer fügt an, dieser sei dann für sämtliche Sparten anwendbar. Überdies könne nicht für jegliche Sachverhalte eine Förderung generiert werden. Vielmehr müssten sich alle ihrer Verantwortung bewusst werden. Darauf werde in Gesprächen und Beratungen hingewirkt.

Herr Stadtrat Rottke bemerkt, ein Förderprogramm könne niemals in die Kunstfreiheit eingreifen. Schließlich entschieden die Kulturschaffenden eigenständig, ob ein Förderantrag eingereicht und somit die Bedingungen akzeptiert würden. Er stimmt zu, die Thematik sei wichtig und eine Unterstützung löblich. So könne sich der Klimaschutz beispielsweise in einem Jahresthema widerspiegeln. Oder Kunstprojekte mit nachhaltigen Materialien könnten initiiert werden. Das verlangte Förderprogramm brauche es aber nicht. Er werde das Ansinnen ablehnen.

Herr Stadtrat Christoph verdeutlicht, die Idee beziehe sich nicht allgemein auf Veranstaltungen. Sondern speziell für den Kulturbereich solle ein Konzept angefertigt werden. Die Szene beschäftige sich seit langem mit dem Themenkomplex. Dies solle gefördert werden. So solle etwa auch die Ertüchtigung von Örtlichkeiten bezuschusst werden. Die strukturellen Rahmenbedingungen stünden letztlich im Fokus. Ein Schaden für die Kulturfreiheit oder ein Zwang sei damit übrigens keinesfalls verbunden. Ferner sei eine Ausweitung solcher Richtlinien auf den Sport- und Jugendhilfebereich sicherlich ebenso gewinnbringend.

Nur ein Appellieren an die Eigenverantwortung finde er schwierig. In den letzten drei Jahren seien leider zu wenig Fortschritte passiert. Daher müssten weitere Anreize für Maßnahmen geschaffen werden. Dazu solle das Förderprogramm beitragen.

Frau Oberbürgermeisterin Maltz-Schwarzfischer teilt mit, für diese Materie sollten keine Stellen im Kulturbereich eingerichtet werden. Denn letztlich sei der Klimaschutz eine übergeordnete Angelegenheit. Darüber hinaus könne die Stadt Regensburg nun einmal nicht alles fördern.

Herr Stadtrat Brucker beantragt, die Debatte solle beendet und zur Beschlussfassung übergegangen werden.

Frau Oberbürgermeisterin Maltz-Schwarzfischer gibt bekannt, weitere Wortmeldungen gebe es ohnehin nicht. Daher rufe sie das Ersuchen der Stadtratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen nun zur Entscheidung auf.

Der Antrag ist abgelehnt.

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung: Stadtratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen, Hr. Stadtrat Friedl  
Ablehnung: mit Stimmenmehrheit

**zu 9      Anfragen**

**zu 9.1      Anfrage1: GALERIA Kaufhof am Neupfarrplatz  
Fragesteller: Hr. Stadtrat Rottke**

**Diskussion:**

Herr Stadtrat Rottke teilt mit, laut Presseberichten werde GALERIA Kaufhof definitiv schließen. Er hinterfragt, wie das Gebäude möglichst bald einer anderen Nutzung zugeführt werden könne. Möglicherweise gebe es bereits Kontakte zum Eigentümer. Er fasst nach, ob das Haus der Kultur- und Kreativwirtschaft zur Verfügung gestellt werden könne.

Frau Oberbürgermeisterin Maltz-Schwarzfischer berichtet, die Konzernzentrale habe sie über die Aufgabe der Filiale am Neupfarrplatz informiert. Das Insolvenzverfahren sei jedoch bisher nicht beendet. Zunächst sei die Gläubigerversammlung durchzuführen. Vorher könne nicht anderweitig agiert werden. Ferner wolle sie sich ohnehin genauer über die Details erkundigen. Dazu müssten aber noch die konkreten Ansprechpartner/-innen eruiert werden. Ein langer Leerstand solle auf jeden Fall vermieden werden. Eventuell sei wirklich eine Zwischennutzung umsetzbar.

**zu 9.2      Anfrage2: Bürgerfest**  
**Fragesteller/in: Hr. Stadtrat Irmisch, Fr. Stadträtin Kolbe-Stockert**

**Diskussion:**

Herr Stadtrat Irmisch schildert, das Antragsformular für Standbetreiber/-innen des Bürgerfestes umfasse 130 Seiten. Für Interessenten/-innen sei damit ein hoher Aufwand verbunden. Vor allem für kleine Vereine erschwere sich eine Bewerbung. Möglicherweise könne der Umfang reduziert werden. Weiterhin möchte er wissen, ob Vorgaben zur Bezahlung von Grundgagen für Künstler/-innen überlegt würden. Er würde dies für sinnvoll erachten.

Frau Lang pflichtet bei, der Vordruck könne durchaus eine Herausforderung darstellen. Allerdings sei eine Differenzierung zu bedenken: Mit der Ausschreibung werde nach Platzbetreibern/-innen gesucht. Diese zeigten sich für die gesamte Gestaltung einer Örtlichkeit verantwortlich. Den Part von Vereinen und Initiativen sehe sie eher eine Ebene darunter. Hier existierten auch weniger Auflagen. Nichtsdestotrotz sei natürlich eine Bewerbung als Platzbetreiber/-in möglich. Sie legt dar, die Unterlagen ließen sich gegenwärtig nicht kürzen. Im Sinne eines offenen und transparenten Vergabeverfahrens seien die Ausführungen weiterhin vollumfänglich vonnöten. Bei etwaigen Unsicherheiten könne gerne das Vergabeamt kontaktiert werden. Ansonsten könne eventuell beim nächsten Mal eine Verschlankung erwogen werden. Doch dabei seien nach wie vor unbedingt die vergaberechtlichen Belange zu bedenken.

Bezüglich der Gagen für Musiker/-innen habe man sich aktiv umgehört. Die Platzbetreiber/-innen investierten generell viel Geld und trugen ein gewisses Risiko. Individuelle Kalkulationen würden erstellt. Hier seien die Möglichkeiten der Einflussnahme begrenzt. Vielleicht sei eine Gebührensenkung seitens der Stadt Regensburg zusammen mit einer Selbstverpflichtung umsetzbar. So könnten Standmieten auf dem Niveau städtischer Entgelte und bestimmte Gagen erreicht werden. Als Minimalbeträge schlage sie 100 Euro für Einzelkünstler/-innen und 200 Euro für Gruppen vor.

Frau Stadträtin Kolbe-Stockert meint, die Einbeziehung der Wiese beim Andreasstadel gestalte sich nicht einfach. Sie bittet, dazu solle ein kurzer Sachstand vorgetragen werden.

Frau Lang berichtet, aktuell werde sich mit dem Umweltamt, dem Gartenamt, dem Bauordnungsamt sowie der Feuerwehr abgestimmt. Eine Bespielung solle ermöglicht werden. Im nächsten Schritt sei dann ein konkreter Flächenumfang zu definieren. Dabei seien der Baumbestand und anderweitige Auflagen zu berücksichtigen. Sie denkt, gewisse Bereiche seien sicherlich bespielbar. Jedoch werde sich die Nutzung nicht mehr auf das gesamte Areal erstrecken. Übrigens liege für den Bereich bereits eine schriftliche Interessensbekundung vor.

**zu 9.3      Anfrage3: Geschäftsordnung für den Stadtrat der Stadt Regensburg**  
**Fragesteller: Hr. Stadtrat Gaittet**

**Diskussion:**

Herr Stadtrat Gaittet fragt, ob der Oberbürgermeisterin angesichts ihrer vorherigen Ausführung der § 31 Abs. 2 Satz 2 der Geschäftsordnung für den Stadtrat der Stadt Regensburg (GeschO) bekannt sei.

Frau Oberbürgermeisterin Maltz-Schwarzfischer hakt nach, welche Aussage gemeint sei. Sie müsse die Vorschrift zunächst nachlesen. Die GeschO kenne sie im Detail nicht auswendig.

## Schlussblatt

zur Niederschrift

für die Öffentliche/nichtöffentliche Sitzung des Kulturausschusses der Stadt Regensburg am  
Mittwoch, 15.03.2023

Die Vorsitzende schloss die Sitzung um 17:45 Uhr.

Die Niederschrift umfasst                      Blätter.

Regensburg, 15.03.2023

Vorsitz

Schriftführerin

---

Gertrud Maltz-Schwarzfischer  
Oberbürgermeisterin

---

Corinna Omasmeier